

Glyphosat: Möglicher Interessenskonflikt bei Pflanzenschutzmittel-Bewertung

Ein Gremium der WHO ist zu dem Schluss gekommen, dass Glyphosat nicht krebserregend sei. Forscher der Gruppe sind Teil eines von Herstellern finanzierten Netzwerks.

Von [Michael Stürzenhofecker](#)

18. Mai 2016, 16:14 Uhr [65 Kommentare](#)

Forscher streiten über mögliche Gefahren durch das Pflanzenschutzmittel Glyphosat. © Jens Büttner/dpa

Am Montag gab eine WHO-Gruppe bekannt, das umstrittene Pflanzengift Glyphosat sei unbedenklich. Nun steht das [Fachgremium JMPR](#) selbst in der Kritik. Laut Medienberichten könnten die Forscher bei der Bewertung in einem Interessenkonflikt gestanden haben. Mitglieder seien zu eng mit der Wirtschaft verbunden, so der Vorwurf.

Das JMPR untersteht der Welternährungsorganisation und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Nach Auswertung zahlreicher Studien waren die Forscher zu dem Ergebnis gekommen, dass [Glyphosatrückstände in Nahrungsmitteln nicht krebserregend wirken](#) – rechtzeitig zur bevorstehenden Abstimmung in der EU-Kommission. Sie soll am Montag über eine Verlängerung der Zulassung für das Pflanzenschutzmittel entscheiden.

Nun wurde bekannt: Sowohl der Vorsitzende als auch der stellvertretende Vorsitzende von JMPR sollen führende Positionen für das International Life Science Institute (ILSI) bekleiden. Der JMPR-Vorsitzende Alan Boobis ist Vize-Präsident des ILSI Europe. [Angelo Moretto](#), Vorstandsmitglied eines zu ILSI gehörenden Instituts, war laut Aktivisten Co-Vorsitzender der Sitzung über Glyphosat. Bei der [WHO wird er als Mitglied in dem Gremium](#) geführt.

ILSI wird von Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie finanziert. Darunter waren [Veröffentlichungen von Aktivisten](#) zufolge auch Hersteller von Glyphosat. Demnach erhielt das Netzwerk im Jahr 2012 von Monsanto eine Spende von rund 500.000 US-Dollar. Zudem sind weitere Zuwendungen von mehr als 528.500 US-Dollar vom Verband CropLife International aufgeführt. Zu der Gruppe gehören die Hersteller Monsanto, Dow und Syngenta. Auf dem von den Aktivisten veröffentlichten Papier stehen zudem Zahlungen von Nahrungsmittelherstellern wie Coca Cola, Mars und Kraft Foods. Monsanto wird von ILSI als [Mitglied geführt](#).

Neubewertung widerspricht WHO-Studie

Der britische [Guardian](#) hatte bereits am Dienstag über den Fall berichtet. Die Zeitung zitiert einen Anwalt der Gruppe *ClientEarth*, der einen "klaren Interessenskonflikt" sieht, wenn die Sicherheit von Glyphosat von Wissenschaftlern bewertet werde, die direkt von der Industrie Geld erhielten. Der Europa-Abgeordnete der Grünen, Bart Staes, bezeichnete allein den Zeitpunkt der Veröffentlichung der jüngsten WHO-Untersuchung kurz vor der [Debatte über die Zulassung](#) als "zynisch".

Glyphosatzulassung

[Das Mittel: Glyphosat](#)

Der Streit

Die Entscheidung

Das Mittel: Glyphosat

Erstmals wurde Glyphosat 1950 von der Firma Monsanto synthetisiert. Seit den siebziger Jahren wird der Stoff in der Landwirtschaft eingesetzt. Als wesentlicher Inhaltsstoff des Pflanzenschutzmittels Roundup tötet es Unkraut auf Feldern mit Raps, Mais und anderen Nutzpflanzen.

Heute ist Glyphosat das mit Abstand am meisten eingesetzte Pestizid. Sein Einsatz hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdoppelt, wie etwa die Studie eines Pestizidforschers zeigt ([Benbrook et al., 2016](#)). Zunächst wurde die Chemikalie vor allem vor der Aussaat verwendet, um Äcker von Unkraut zu befreien. Doch seitdem es gentechnisch veränderte Pflanzen gibt, die gegen Glyphosat resistent sind, kann es auch nach der Saat eingesetzt werden.

Der Streit

Soll die Chemikalie weiter erlaubt sein? Laut der EU-Wirkstoffprüfung ist eine Neubewertung von Glyphosat erforderlich, ehe Politiker über eine weitere Zulassung entscheiden können. Als verantwortliche Behörde hat das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) mehr als 1.000 Studien und Dokumente ausgewertet und 2013 erste Ergebnisse als Entwurf vorgelegt. Es folgte eine öffentliche Diskussion, ein Jahr später haben die Prüfer ihren Bericht an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) übergeben. Deren Fachleute haben die Daten ebenfalls geprüft und kamen zu dem Schluss: Glyphosat ist nicht krebserregend.

Dann aber veröffentlichte die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) im März 2015 einen Bericht, dem zufolge das Pflanzengift für den Menschen "wahrscheinlich krebserregend" sei. Das BfR überprüfte seine Daten, ebenso die EFSA, beide befinden erneut, die Chemikalie ist "wahrscheinlich nicht krebserregend".

Im Mai 2016 zog das JMPR nach. Die Pestizidexpertengruppe der Weltgesundheitsorganisation veröffentlichte einen Bericht, laut dem Glyphosat eine sehr geringe akute Toxizität aufweise. Entsprechend sei es sehr unwahrscheinlich, dass Glyphosatrückstände in der Nahrung das Krebsrisiko für den Menschen erhöhen.

Die Entscheidung

Wegen der Unstimmigkeiten hatte die EU-Kommission eine Bedenkzeit bis Ende Juni eingeräumt. Entsprechend hat sie die Zulassung von Glyphosat bis Mitte 2016 verlängert.

Im Frühsommer soll der Fachausschuss die endgültige Entscheidung über die Zukunft von Glyphosat treffen. Zwar bestünde die Möglichkeit, sich erneut für eine zwischenzeitliche Verlängerung der Zulassung auszusprechen. Das aber möchte die EU-Kommission laut einer Kleinen Anfrage der Grünen möglichst vermeiden.

Das JMPR befasst sich mit der Festlegung von Rückstandshöchstgehalten von Pestiziden in Lebensmitteln. Außerdem legt es fest, wie viel eines Stoffes ein Mensch lebenslanglich jeden

Tag aufnehmen kann, ohne gesundheitlichen Schaden davonzutragen. Das Gremium hat selbst keine Studien durchgeführt, sondern entschieden, welche Publikationen der vergangenen Jahre relevant sind und anschließend die Daten ausgewertet.

Für Aufregung sorgte das Ergebnis der Forscher auch deshalb, weil es der Bewertung einer anderen WHO-Gruppe auf den ersten Blick widerspricht. So hatte die Internationale Krebsagentur IARC im März 2015 bekannt gegeben, Glyphosat sei "wahrscheinlich krebserregend". Allerdings prüften die Krebsforscher die reine Chemikalie, um herauszufinden, ob Glyphosat grundsätzlich krebserregend sein könnte, nicht, ab welcher Menge.

ILSI stand bereits mehrfach in der Kritik

Das Netzwerk ILSI wurde bereits mehrfach für seine Nähe zur Lebensmittelindustrie und Verflechtungen mit Aufsichtsbehörden kritisiert. Das Institut bringt Forscher, die in vielen Bereichen für Lebensmittelaufsicht zuständig sind, mit Vertretern der Industrie zusammen. Nach [eigenen Angaben](#) nehmen ILSI-Mitglieder aus dem akademischen Bereich, zu dem auch Boobis gehört, ehrenamtlich teil. Die Aktivitäten des Netzwerks in Europa werden von den teilnehmenden Unternehmen finanziert.

Lobbycontrol bemängelt, dass mehrere Mitglieder der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) oder des Bundesforschungsinstituts für Ernährung und Lebensmittel in engem Kontakt zu ILSI stehen oder standen. Auch Moretto war bei der EFSA tätig, [trat dann aber nach Vorwürfen gegen ihn ab](#). Bewiesen wurde keine der Anschuldigungen.

[Alle Hintergründe zum Streit um die verlängerte Zulassung des Mittels lesen Sie hier.](#)